Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags nachm. 4 Uhr. Bezugspr. monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut aufliegender Preisliste Nr. 5. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr, durch Fernruf übermitteln wir keine Gewähr. Für die Richtigkeit der telefonisch aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 241 — 97. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 14. Oktober 1938

Keine Volksabstimmung im Sudetenland

Deutsch-tschechische Verhandlungen über Grenzberichtigungen

Der Internationale Ausschuß für die Regelung der sudetendeutschen Frage trat am 13. Oktober nachmittags zusammen. Er stellte fest, daß die endgültige Abgrenzung des an Deutschland fallenden sudetendeutschen Gebiets auf der Grundlage der am 5. Oktober vom Ausschuß festgestellten Linie erfolgen kann, und zwar mit den etwaigen Abänderungen, die der Ausschuß nach dem Wortlaut des Artikels 6 des Münchener Abkommens vorschlagen könnte.

Unter diesen Umständen hat der Internationale Ausschuß einstimmig beschlossen, daß von Volksabstimmungen abzusehen sei.

Er nahm Kenntnis von dem zwischen der deutschen und der tschecho-slowakischen Regierung erzielten Einvernehmen darüber, die Arbeiten zur Berichtigung und endgültigen Festsetzung der Grenze auf der Grundlage der vorerwähnten Linie sofort aufzunehmen.

Außerdem hat er von der Bildung des in Artikel 7 des Münchener Abkommens vorgesehenen deutsch-tschecho-slowakischen Ausschusses Kenntnis genommen, der die Ausübung des Optionsrechtes regeln soll.

Schließlich hat der Internationale Ausschuß den Bericht des Wirtschaftlichen Unterausschusses entgegengenommen und mit Befriedigung die beachtenswerten Fortschritte vermerkt, die bei der Lösung der schwebenden Fragen bis jetzt erzielt worden sind.

*

Der Internationale Ausschuß hat bei Nachprüfung aller in Betracht zu ziehenden Gesichtspunkte einmütig festgestellt, daß die provisorische Grenzlinie, innerhalb der die deutschen Truppen einmarschiert sind, geschlossen deutschen Sprachboden darstellt, der in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Reiche steht. Diese Linie vermag somit die Grundlage für eine klare ethnographisch bedingte Grenzziehung darzustellen. Der Ausschuß hat ferner festgestellt, daß außerhalb dieser Linie keine unmittelbar mit diesem Gebiet zusammenhängend geschlossenen Landstriche mehr bestehen, in welchen eine Abstimmung als unerläßlich anzusehen wäre. Sie hat aus diesem Grunde einstimmig beschlossen, auf eine Volksabstimmung zu verzichten.

Unabhängig davon bleibt aber festzustellen, daß mehrere hunderttausend Deutsche außerhalb dieser genannten Linie in abgeschlossenen Siedlungen wohnen, die aber innerhalb des tschechischen Sprachgebietes liegen. Bei einer Angliederung dieser Gebiete müßte aber über große Teile tschechischen Gebietes hinweggegangen werden. Es entspricht nicht der Politik und der Auffassung des nationalsozialistischen Deutschland, von den Tschechen Gebiete zu fordern, die eine große tschechische Mehrheit umschließen. Es steht aber fest, daß im tschechischen Siedlungsraum zahlreiche Deutsche seit Jahrhunderten gesiedelt haben und wesentlich an dem wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau dieses Gebietes beteiligt sind. Deshalb erwartet Deutschland, daß die Tschechen in Anerkennung dieser Tatsache und in Würdigung der Münchener Abschlüsse Voraussetzungen schaffen, die diesen Deutschen die Existenzgrundlage im tschechischen Gebiet nicht beeinträchtige.

Es wird den weiteren Verhandlungen im deutsch-tschechischen Ausschuß vorbehalten bleiben müssen, die nunmehr als endgültig anzusehende Grenzlinie zu prüfen und Berichtigungen dort vorzunehmen, wo es die Gesamtlage erforderlich macht. Der Ausschuß wird ferner die Voraussetzungen für die Deutschen, die innerhalb der Sprachinseln wohnen, sicherstellen müssen, damit für diese die wirtschaftliche Zukunft gewährleistet wird und sie entsprechend ihren politischen Auffassungen keinerlei Schwierigkeiten im neuen tschechischen Staat haben.

Die Feststellungen des Internationalen Ausschusses haben insofern noch ihre besondere Bedeutung, als sie jenen Machenschaften die Grundlage entziehen, die von gewissen ausländischen Kreisen ausgingen in der Absicht, die Weltöffentlichkeit irrezuführen mit der Behauptung, daß in den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten 850 000 Tschechen in zum Teil geschlossenen Siedlungsgebieten lebten. Der Ausschuß hat ausführlich festgestellt, daß es sich bei den innerhalb der provisorischen Grenzlinie abgegrenzten Gebieten um überwiegend geschlossene deutsche Srachgebiete handelt, die in unmittelbarem Zusamenhang mit dem Reich stehen.

Ungarisch-tschechische Verhandlungen abgebrochen

Kanya: Prags Vorschläge unannehmbar — Appell an die Unterzeichner des Münchener Abkommens

Die ungarisch-tschechischen Besprechungen in Komorn hatten sich am Donnerstagvormittag erheblich versteift. Die beiden Delegationen traten um 9 Uhr zusammen. Die tschecho-slowakische Abordnung unterbreitete ihre Gegenvorschläge und brachte zum erstenmal seit Verhandlungsbeginn das entsprechende Kartenmaterial mit. Nach fast zweistündiger Beratungsdauer wurden die Besprechungen vertagt.

Außenminister von Kanya und Kultusminister Graf Teleki reisten gleich nach Schluß der Vormittagsunterredungen nach Budapest, um mit der Regierung in Fühlung zu treten.

In einer abends abgehaltenen Konferenz der tschecho-slowakisch-ungarischen Delegation gab dann Außenminister Kanya auf Weisung der Regierung eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Wie bereits wiederholt erklärt, sind wir mit den besten und aufrichtigsten Absichten und mit der sicheren Zuversicht hierhergekommen, daß es binnen kurzer Zeit gelingen wird, eine Abmachung zu treffen, die das Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern auf eine sichere Grundlage basiert. Leider ist diese unsere Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen.

Ich muß jedoch nachdrücklichst hervorheben, daß der auf die neuen Grenzen bezügliche uns überreichte Gegenvorschlag von unserer Auffassung dergestalt abweicht und hinsichtlich des Grundsatzes der Neuregelung ein solcher Abgrund zwischen den von den beiden Delegationen vertretenen Standpunkten vorhanden ist, daß dessen Ueberbrückung unserer Ueberzeugung nach von diesen Verhandlungen nicht erwartet werden kann. Aus diesem Grunde hat die Königlich Ungarische Regierung beschlossen, diese Verhandlungen ihrerseits als abgeschlossen zu betrachten und die ehebaldige Regelung der der Tschecho-Slowakei gegenüber erhobenen Gebietsforderungen Ungarns von den vier Signatarmächten des Münchener Protokolls zu verlangen.

*

Während der Verhandlungen hatten die Tschecho-Slowaken die große Schütt-Insel samt Komorn und noch einige andere Grenzstreifen angeboten, insgesamt sieben Verwaltungsbezirke mit einer Einwohnerschaft — wie sie von tschecho-slowakischer Seite angegeben wurde — von rund 480 000 Ungarn, 50 000 Slowaken, 30 000 Karpato-Ukrainern, 10 000 Deutschen und 50 000 Juden. Die Abtretung acht weiterer strittiger Verwaltungsbezirke wurde von den Tschecho-Slowaken abgelehnt.

Der Führer in Essen

Besuch bei Krupp.

Der Führer und Reichskanzler stattete am Donnerstag der Firma Krupp in Essen einen Besuch ab und besichtigte eingehend mehrere Werkanlagen.

Chvalkovskys neue politische Linie

Die Prager Blätter schenken dem Besuch des Prager Außenministers Chvalkovsky in Berlin größte Aufmerksamkeit. Der Besuch Chvalkovskys in Berlin sei, so erklärt der „Telegraaph", der erste offizielle Besuch eines tschecho-slowakischen Ministers in der Reichshauptstadt seit Bestehen der Republik. Wie das Blatt weiter mitteilt, soll eine persönliche Fühlungnahme in Warschau und Budapest folgen. Der „Prazsky List" betont, daß Chvalkovskys frühere Tätigkeit, insbesondere seine Missionen in Berlin, Rom und Tokio, heute eine gute Empfehlung seien. „Der Besuch des tschecho-slowakischen Außenministers kann als Grenzstein in der Außenpolitik des tschecho-slowakischen Staates bezeichnet werden". Die geplanten Reisen nach Warschau und Budapest bezeichnet das Blatt als Ausdruck des Wunsches der Tschecho-Slowakei, die Linie der bisherigen tschechischen Außenminister einer Korrektur zu unterziehen.

Im Opfer liegt die Kraft!

Hilgenfeldt zum Winterhilfswerk

Der Reichsbeauftragte für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes, Hauptamtsleiter Hilgenfeldt, ruft mit folgendem Appell zu Einsatz und Opfer auf:

Der Sozialismus des Winterhilfswerkes des deutschen Volkes soll dem einzelnen die Einsicht vermitteln, daß er der Erhaltung der Gesamtheit ein Opfer bringen muß, wenn er selbst und sein Geschlecht auf die Dauer bestehen will. Er soll ihm aber auch immer vor Augen führen, daß über dem materiellen Opfer der ideelle Einsatz steht, daß Verantwortung und Opferfreudigkeit in die Tat umgesetzt werden müssen, wenn sie nicht leere Worte bleiben sollen!

Wirtschaftsaufschwung im Sudetenland

Mit Riesenschritten zurück zu geordneten Verhältnissen — Kurbetrieb in den Weltbädern

Ueberall wehen noch im befreiten Land die Freudenfahnen; sie bleiben auch hängen, solange noch deutsche Truppen durchmarschieren, Flüchtlinge zurückkommen in das Land ihrer Väter. Die Geschäfte haben Hochbetrieb, die Gasthöfe und Hotels wissen ihre Gäste kaum unterzubringen. In Scharen sind Sudetendeutsche aus allen Teilen des erlösten Gebietes zum Ein- oder Verkauf in die Städte gekommen. Unter den Kraftfahrzeugen sieht man alle deutschen Kennzeichen. Für den normalen Reiseverkehr ist die Grenze noch geschlossen. Es gibt schon eine ganze Reihe deutscher Erzeugnisse, vornehmlich Tabakwaren, an denen ja hier Mangel herrschte.

Die Geschäftsleute machen zufriedene Gesichter. Die preiswerten Erzeugnisse des Sudetenlandes, vornehmlich Lederwaren, Wollwaren und die zahlreichen Spezialitäten wie Edelgläser, feine Stickereien und Klöppeleien, Oblaten und Feingebäck, der bekannte Becherbitter, ein Magenschnaps, finden starken Absatz. Ebenso zufrieden sind die Gastwirte und Kaffeehausbesitzer. Die berühmte böhmische Küche, der Kaffee „mit und ohne Schlag", und nicht zuletzt das überall gleich vorzügliche Bier munden den reichsdeutschen Gästen offenbar vorzüglich.

In den weltberühmten Badeorten sind trotz der bereits beendeten Saison schon wieder Kurgäste eingetroffen, die mit ihren eigenartigen Trinkbechern durch die Parke ziehen und den Konzerten der deutschen Militärkapellen lauschen, die zu einer ständigen Einrichtung in allen von unseren Truppen besetzten Orten geworden sind.

Kurgäste kommen jetzt um so lieber wieder

In Karlsbad wurden bereits am ersten Tage der Wiedereröffnung des Kurbades über 600 Gäste gezählt. Auch Marienbad hat eines seiner größten Bäder wieder geöffnet, und in Franzensbad ist ja schon dem Führer ein Ehrentrunk aus der Franzquelle kredenzt worden. Viele Kurgäste aus aller Welt haben an die Kurdirektionen Glückwunschschreiben und Telegramme gerichtet und erklärt, daß sie um so lieber wiederkommen, als die Bäder jetzt deutsch geworden sind und daher die Gewähr für einen geordneten, sauberen und ruhigen Kurbetrieb gegeben sei. Zahlreiche Hotels und Pensionen, auch die, die keine Einquartierung bekommen haben, haben wieder geöffnet.

Es gibt Nachmittagstees und Tanzabende. Die Kinos, befreit von der tschechischen Zensur, bringen die deutschen Spitzenfilme, die bislang in der freien Demokratie Prager Fassung nicht gebracht werden durften oder durch sinnlose Kürzungen vollkommen entstellt wurden.

Reichsbahn- und Postverkehr wächst

Der Reichsbahnverkehr wächst von Tag zu Tag. Die Fahrpläne werden in den Tageszeitungen veröffentlicht und mit deutscher Pünktlichkeit eingehalten. Das postalische Netz des Sudetendeutschlands ist für den öffentlichen Verkehr wieder freigegeben worden. Nur der Geld- und Paketverkehr ruht zunächst noch. Der Fernsprech- und Telegrammverkehr ist auch nach dem In- und Auslande wiederaufgenommen.

Der Straßenverkehr ist stärker als während der Hochsaison der besten Jahre, und die Einheimischen versichern glücklich, man habe den Eindruck, als habe die Kurzeit schon begonnen. Die Rechtsfahrordnung hat sich mit bemerkenswerter Schnelligkeit und ohne Schwierigkeiten durchgesetzt. In den großen Städten versehen Schupos aus dem Altreich den Verkehrsdienst an den wichtigsten Punkten, und ihre Freundlichkeit, Ruhe, Umsicht werden um so angenehmer empfunden und gepriesen, als die tschechischen Polizisten ihre mangelnden Sprachkenntnisse durch grobes Betragen ersetzten.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF